



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	3
3.	Griechische Zyprioten	4
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	4
	Innenpolitik.....	6
4.	Türkische Zyprioten	7
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	7
	Innenpolitik.....	8
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	9

FES NEWS

- bitte besuchen Sie uns auf -

www.facebook.com/FEScyprus

www.fescyprus.org

1. Das Zypernproblem

Espen Barth Eide, der Sonderberater des UN-Generalsekretärs, versuchte im November, wieder Bewegung in die ins Stocken geratenen Verhandlungen zu bringen. Die Gespräche wurden abgebrochen, als im Oktober das türkische Explorationsschiff Barbaros Hayrettin Pasa in die ausschließliche Wirtschaftszone Zyperns eindrang, nachdem die Türkei eine NAVTEX-Meldung (Schiffahrtswarnung) herausgegeben hatte. Dies wiederum nahm Präsident Nicos Anastasiades zum Anlass, die Verhandlungen zu suspendieren.

Die griechisch-zypriotische Seite stellte klar, dass sie erst dann an den Verhandlungstisch zurückkehren werde, wenn die Türkei die Barbaros aus Zyperns ausschließlicher Wirtschaftszone abziehe. Außerdem lehnten die griechischen Zyprioten auch den Versuch ab, die Gasfrage in die Verhandlungen aufzunehmen. Die Türkei und die türkischen Zyprioten betonten jedoch, dass die Barbaros ihre Arbeiten fortsetzen und sogar beschleunigen werde, falls die griechischen Zyprioten die Gasvorkommen weiterhin einseitig erschließen wollen. Des Weiteren forderten sie, die Gasfrage an die Verhandlungen zu knüpfen. Als Antwort auf die Forderungen der griechisch-zypriotischen Seite, das türkische Erkundungsschiff aus der Region abzuziehen, richtete Ergun Olgun, der türkisch-zypriotische Verhandlungsführer folgende Botschaft an die Vereinten Nationen und die griechischen Zyprioten: die Barbaros werde nur dann abgezogen, wenn die griechischen Zyprioten ihrerseits jegliche Aktivitäten in der Region abbrechen. Der Abzug

könne gleichzeitig stattfinden. Es solle jedoch nicht erwartet werden, dass die türkische Seite ihre Aktivitäten einseitig einstellen werde.

In diesem Zusammenhang schickte der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Derwisch Eroglu einen Brief an den amerikanischen Vizepräsidenten, Joe Biden, um ihn über die türkisch-zypriotische Sichtweise im Hinblick auf die Gasvorkommen vor Zypern zu informieren: ‚Das türkische Erkundungsschiff befindet sich nicht in demselben Gebiet wie die griechisch-zypriotischen Schiffe und die türkischen Kriegsschiffe befinden sich in internationalen Gewässern. Wenn es um die Frage geht, von wem die Störmanöver ausgehen, dann liegt die Ursache bei den griechischen Zyprioten, welche die türkisch-zypriotische Seite nicht einbezogen hat und einseitig nach Gasvorkommen in den Gebieten vor Zypern sucht.‘ Der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter forderte Biden auf, den griechisch-zypriotischen Präsidenten dazu zu überzeugen, wieder ohne Vorbedingungen an den Verhandlungstisch zurückzukommen.

In seinen Bemühungen den Stillstand zu überwinden, schlug Eide vor, einen zweigleisigen Verhandlungsprozess zu verfolgen. Dieser Vorschlag sah die Einsetzung einer beratenden Kommission vor, welche die Gasfrage noch vor einer endgültigen Lösung diskutieren sollte. Die Beratungen sollten jedoch nicht ein Bestandteil der Verhandlungen sein oder in einer parallelen Entscheidung zu den eigentlichen Verhandlungen resultieren. Die Vorschläge der Kommission sollten lediglich eine Anregung für das Ressourcenmanagement nach einer Lösung

sein. Eides Vorschlag wurde jedoch von beiden Seiten abgelehnt.

Derweil kündigten die sozialdemokratische Partei EDEK und die Grünen am 26. November an, dass sie nicht mehr an den regulären bikommunalen Treffen der griechisch- und türkisch-zypriotischen Parteien im Ledra Palace Hotel teilnehmen werden. Es gäbe keinen Grund, an derartigen Treffen teilzunehmen, da die türkisch-zypriotischen Parteien darauf bestünden, die derzeitige Verletzung der ausschließlichen Wirtschaftszone Zyperns durch die Türkei nicht zu verurteilen.

Am 13. November verabschiedete das Europäische Parlament eine Resolution, in welcher die Aktivitäten der Türkei innerhalb Zyperns ausschließlicher Wirtschaftszone verurteilt und die Türkei aufgefordert wird, das Explorationsschiff unverzüglich aus dem Gebiet zurückzuziehen. Die Resolution ermahnte die Türkei auch zur Zurückhaltung und zur Einhaltung ihrer Verpflichtungen gegenüber der EU sowie zur Anerkennung der Republik Zypern. Außerdem wurde die Türkei aufgefordert, das UN-Seerechtsübereinkommen (UNCLOS) zu ratifizieren.

In einer schriftlichen Stellungnahme des türkisch-zypriotischen Außenministeriums wurde darauf hingewiesen, dass die Entscheidung des Europäischen Parlaments inakzeptable sei und keine Gültigkeit habe. Desgleichen wurde in der Stellungnahme darauf hingewiesen, dass das Ministerium auf verschiedenen Ebenen versucht habe, einseitige Erklärungen und Fehler bei der vorläufigen Resolution zu korrigieren

und wies darauf hin, dass es wichtiger denn je sei, eine umfassende Lösung der Zypernfrage zu finden.

Das Zypernproblem war auch eines der Themen bei dem Treffen zwischen UN-Generalsekretär Ban Ki-moon und dem türkischen Ministerpräsident Ahmet Davutoglu am Rande des G20-Gipfels in Brisbane.

2. Gasvorkommen

Am 8. November trafen sich Präsident Nicos Anastasiades, der ägyptische Präsident Abdel Fattah al-Sisi und der griechische Premierminister Antonis Samaras in Kairo zu Gesprächen. Bei den Gesprächen wurde u.a. die regionale Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf die Aktivitäten der Türkei innerhalb der ausschließlichen Wirtschaftszone Zyperns thematisiert. Außerdem wurden die Möglichkeiten zu einer vertieften Zusammenarbeit im Hinblick auf gegenseitige Interessen ausgelotet. Das Treffen endete mit der Unterzeichnung der Kairoer Erklärung, einer vorläufige Vereinbarung zwischen den drei beteiligten Ländern, die zu einer wirtschaftlichen Kooperation im Energie- und Gasbereich führen könnte. Regierungssprecher Nicos Christodoulides kündigte an, dass ein weiteres, trilaterales Treffen zwischen Zypern, Israel und Griechenland in Vorbereitung sei.

In der Zwischenzeit kündigte Noble Energy an, dass das Unternehmen eine regionale Pipeline bei der Monetisierung der zypriotischen Gasvorkommen aus Block 12 im Aphrodite-Feld

gegenüber einer sich an Land befindenden Verflüssigungsanlage (LNG-Anlage) bevorzuge, welche wiederum für die zypriotische Regierung von großer strategischer Wichtigkeit ist. John Tomich, der Geschäftsführer von Noble Energy in Zypern, erläuterte, dass das amerikanische Energieunternehmen die Möglichkeit einer Pipeline-Verbindung zwischen dem zypriotischen Aphrodite-Feld mit dem israelischen Tamar-Feld und eine weiterführende Pipeline nach Ägypten in Betracht ziehe. Derweil haben die an dem Tamar-Feld beteiligten Unternehmen Noble und das israelische Unternehmen Delek eine vorläufige Vereinbarung mit dem spanischen Energieunternehmen Fenosa erzielt. Demnach soll Gas an die ägyptische LNG-Anlage des spanischen Unternehmens geliefert werden. Das britische Unternehmen BG Group befindet sich ebenfalls in fortgeschrittenen Verhandlungen mit Israel über Gaslieferungen nach Ägypten und initiierte ähnliche Gespräche mit der Cyprus Hydrocarbons Company mit dem Ziel, die Produktion ihrer LNG-Anlage in Idku nahe Alexandria wieder aufzunehmen. Vor diesem Hintergrund vereinbarten Ägypten und Zypern am 25. November, die Gespräche über den Export zypriotischen Gases mit Hilfe einer Untersee-Pipeline zu beschleunigen. Energieminister Giorgos Lakkotrypis zufolge könnte Zypern bereits ab 2018 Gas an Ägypten verkaufen.

Während eines zweitägigen Besuches beginnend am 5. November fand ein Treffen des israelischen Außenministers Avigdor Lieberman und seinem zypriotischen Amtskollegen Ioannis Kasoulides statt, bei dem u.a. die bilateralen Beziehungen beider Länder, Energiefragen und

das Zypernproblem im Hinblick auf die derzeitigen Aktivitäten der Türkei in Zyperns ausschließlicher Wirtschaftszone besprochen wurden. Bei einem Treffen zwischen Kasoulides und dem libanesischen Außenminister Gebran Bassil am 26. November sprachen sich beide Minister für eine intensivere Zusammenarbeit im Energie- und Tourismusbereich sowie bei Such- und Rettungsaktionen und in Verteidigungsfragen aus.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Nachdem das zypriotische Verfassungsgericht im Oktober eine Reihe von Gesetzesänderungen an dem von der Troika¹ vorgeschlagenen Zwangsvollstreckungsgesetz als verfassungswidrig eingestuft hatte, bewilligten die Finanzminister der Eurozone während eines Eurogruppentreffens am 6. November die Auszahlung der nächsten Tranche in Höhe von 350 Millionen Euro an Zypern.

Am 10. November stellte eine Delegation der Troika Kontakte her, um die notwendigen Vorbereitungen für den sechsten Prüfungsbericht über Zypern, der im Januar fällig ist, zu treffen. Die Delegation blieb bis zum 14. November in Zypern. In der derzeitigen Phase des Rettungsprogrammes sollte der Schwer-

¹ Die Troika setzt sich aus Vertretern des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Europäischen Kommission zusammen.

punkt auf der Umsetzung der Insolvenzregeln liegen, welche in Übereinstimmung mit dem Rettungsprogramm bis Jahresende eingeführt werden müssen. Des Weiteren stehen auch die Ausarbeitung eines nationalen Gesundheitsplanes, die Privatisierung der halbstaatlichen Unternehmen und die vollständige Aufhebung der Kapitalverkehrskontrollen im Zentrum.

Die Aktionäre der Bank of Cyprus (BoC) wählten den ehemaligen CEO der Deutschen Bank, Josef Ackermann, den amerikanischen Billionär Wilbur Ross sowie den russischen Staatsbürger Vladimir Strzhalkovskij in den neuen Aufsichtsrat der Bank. Der neue Aufsichtsrat repräsentiert die veränderte Zusammensetzung innerhalb der Aktionäre nach einer Kapitalerhöhung von einer Milliarde Euro im August. Vor diesem Hintergrund verbesserte die Ratingagentur *Moody's* die Bewertung der langfristigen Terminalagen der BoC von Caa3 auf Ca mit stabilem Ausblick, warnte jedoch gleichzeitig davor, dass die Bank immer noch vor schwierigen Herausforderungen stehe.

Ende November schien der Graben zwischen Chrystalla Georgghadji und Präsident Anastasiades überwunden, nachdem letzterer der Zentralbankpräsidentin einen neuen Arbeitsvertrag mit den ursprünglichen Regelungen angeboten hatte. Georgghadji hatte zwei Klauseln in ihrem Arbeitsvertrag geändert. Eine Klausel schloss einen möglichen Interessenskonflikt aus, obwohl Georgghadjis Tochter als Anwältin in der Kanzlei von Georgghadjis ehemaligem Ehemann arbeitet. Diese Kanzlei vertritt den früheren CEO der Laiki-Bank, Andreas Vgenopoulost, der von der Zentralbank

verklagt wird. Außerdem hatte Georgghadji ihr Jahreseinkommen in Übereinstimmung mit den allgemeinen Gehaltserhöhungen bei den Angestellten der Zentralbank um 10.000 Euro erhöht. Georgghadji gab an, die Änderungen selber vorgenommen zu haben und eine Notiz hinzugefügt zu haben, in welcher sie den Präsidenten über die Vertragsänderungen informiert habe, bevor sie den Vertrag an das Präsidialamt zurückschickt habe. Besagte Notiz ist jedoch verschwunden. Um die Spannungen abzubauen, räumte die Regierung gewisse Mängel in der Verwaltung des Präsidentenpalastes ein.

Erzbischof Chrysostomos, welcher die Kirche als den viertgrößten Anteilseigner bei der Hellenic Bank vertritt, kündigte an, dass er kein Interesse daran habe, an der Kapitalerhöhung der Bank, die auf 220 Millionen Euro geschätzt wird, teilzunehmen und dass er die sich im Besitz der Kirche befindlichen Rechte veräußern werde. Derweil ernannte der Aufsichtsrat der Hellenic Bank den Holländer Bert Pijls zu ihrem neuen CEO.

Die Bankenaufsichtsbehörde erteilte der Ancoria Bank Limited im November eine Banklizenz. Somit ist die Ancoria die erste Bank, welche nach der Entscheidung der Eurogruppe vom März 2013, die zur Schließung der Laiki-Bank und dem Bail-in ungesicherter Bankguthaben bei der BoC führte, eröffnet wird. Ancoria, die ein Tochterunternehmen der Ancoria Insurance mit Sitz in Nikosia ist, soll ihren Betrieb in der zweiten Jahreshälfte 2015 aufnehmen.

Innenpolitische Entwicklungen

Am 29. November flog Präsident Nicos Anastasiades nach New York um sich einer Herzoperation zu unterziehen. Die Operation wurde für den 4. Dezember im Mount Sinai Krankenhaus geplant. Anastasiades wird noch vor Weihnachten wieder in Zypern zurück erwartet.

Als Teil einer Reihe von Korruptions- und Schmiergeldvorwürfen, die alle Ebenen der politischen Klasse Zyperns betreffen, richten sich die neuesten Korruptionsvorwürfe gegen den Bürgermeister von Pafos, Savvas Vergas. Wie es scheint, ist der Bürgermeister in verschiedene Fälle von Amtsmissbrauch verwickelt. Die Vorwürfe beziehen sich auf das Verfassen von Textmeldungen gegen Zeugen eines Landbemessungsstreites, in welchem einer der größten Bauunternehmer Zyperns verwickelt ist. Des Weiteren wird Vergas vorgeworfen, öffentliches Land zum Bau eines privaten Tennisplatzes neben seinem Haus genutzt zu haben. Außerdem werden Vergas und drei weiteren Verdächtigen die Verabredung zu einer strafbaren Handlung, Verabredung zum Betrug, Betrug, Beamtenbestechung, Amtsmissbrauch, Geldwäsche, illegaler Vermögenserwerb, Behinderung einer polizeilichen Untersuchung, Diebstahl und Korruption in Verbindung mit dem Bau einer Abfallbehandlungsanlage in Pafos zur Last gelegt. Ein weiterer Vorwurf bezieht sich auf die Steuerbefreiung von Einnahmen eines Konzerts des griechischen Sängers Sakis Rouvas, das von den Veranstaltern als Benefizveranstaltung deklariert worden war, durch die Stadt Pafos,

d.h. Bürgermeister Vergas. Die mit der Planung und Organisation des Konzerts beauftragte Agentur wurde von dem Ehemann einer engen Mitarbeiterin von Vergas geführt. Bis jetzt wurde der für eine gemeinnützige Organisation vorgesehene Teil der Gewinne noch nicht weitergeleitet. Vergas lehnte Rücktrittsforderungen ab. In der Zwischenzeit sucht Innenminister Socratis Hasikos nach Wegen, den Bürgermeister von Pafos seines Amtes zu entheben.

Rechnungshofpräsident Odysseas Michaelides untersucht derzeit einen weiteren, politisch brisanten Fall, welcher die von Präsident Nicos Anastasiades gegründete Rechtsanwaltskanzlei betrifft. Es handelt sich dabei um den Verkauf der Fluglinie Cyprus Airways und die Frage, ob der Präsident direkt oder indirekt in den Fall involviert ist. Anastasiades ehemalige Kanzlei hatte ursprünglich Ryanair, einen der Anbieter, vertreten. Das Angebot von Ryanair soll bedeutend geringer gewesen sein als das eines anderen Anbieters, namentlich Aegean Airlines, dessen Angebot abgelehnt wurde. Anastasiades wies jedoch darauf hin, dass er bei Antritt des Präsidentenamtes seine Kanzlei verlassen habe. Die Töchter von Anastasiades sind Partner in der Anwaltskanzlei. Durchgesickerten Informationen zufolge, habe Anastasiades während einer Kabinettsitzung darauf hingewiesen, dass er gegen einen Verkauf an Ryanair sei.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Zeren Mungan, Wirtschaftsminister der ‚TRNZ‘² wies darauf hin, dass die Verbindlichkeiten gegenüber der Türkei mittlerweile einen Stand von 7,5 Milliarden Dollar (6,16 Milliarden Euro) erreicht hätten. Die Inlandsverschuldung und die staatlich verbürgten Verbindlichkeiten lägen demnach bei 3,5 Milliarden Türkischen Lira (1,18 Milliarden Euro) bzw. 1 Milliarde Türkischen Lira (338,5 Millionen Euro). 2012 war das türkisch-zypriotische Bruttoinlandsprodukt auf 2,6 Milliarden Euro geschätzt worden. Die Türkei hat bis jetzt noch keine Rückzahlung gefordert. Mungan sagte während eines Fernsehauftritts, dass das Ziel nicht darin bestehe, die Hilfe aus der Türkei zu reduzieren. Vielmehr wolle man den Anteil der Türkei an den bestehenden Ausgaben verringern. Der Anteil an dem derzeitigen Budget sei auf 216 Millionen Türkische Lira verringert worden, während er sich im letzten Jahr auf 285 Türkische Lira belaufen habe. Bei weiterer Einhaltung der Haushaltsdisziplin, könnte die

‚TRNZ‘ innerhalb der nächsten fünf Jahre ihre Ausgaben selbst bestreiten.

Während einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem türkisch-zypriotischen Amtskollegen Ozkan Yorgancioglu sagte der türkische Ministerpräsident Ahmet Davutoglu, dass die Reformen die Wirtschaft der ‚TRNZ‘ stärken und eine wichtige Rolle bei der Erreichung politischer Stabilität spielen würden. Um dies zu erreichen, seien vor dem Hintergrund der besonderen Beziehungen beider Länder zueinander ernsthafte Maßnahmen ergriffen worden. Die türkisch-zypriotische Regierung verfolgt seit Jahren eine Austeritätspolitik, um die mit Ankara vereinbarten Ziele zu erreichen.

Nach Angaben der Eigentumskommission (Immovable Property Commission) haben bis dato 6.007 griechische Zyprioten Anträge gestellt, von denen 590 abgeschlossen und 131 zurückgezogen wurden. 2014 hat die Kommission in den ersten zehn Monaten Kompensationen in Höhe von ca. 47 Millionen Euro an griechische Zyprioten ausgezahlt. Es wird jedoch berichtet, dass die Anzahl der Antragsteller abnehme. Im Oktober 2014 wurden nur 29 Anträge gestellt, während im Oktober 2011 noch 273 Anträge gestellt worden waren. Die Kommission wurde aufgrund einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in dem Fall Xenides-Arestis gegen die Türkei gegründet. Damit sollte eine Institution geschaffen werden, mit deren Hilfe auf lokaler Ebene griechisch-zypriotische Eigentumsansprüche im Norden Zyperns bearbeitet werden können.

² Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Dervisch Eroglu der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, wird er von der internationalen Gemeinschaft als der Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten betrachtet. Da die Regierung der Republik Zypern international als die Regierung für die gesamte Insel anerkannt wird, ist somit die ganze Insel ein Mitglied der Europäischen Union. Das Acquis communautaire ist im Norden Zyperns ausgesetzt, bis eine politische Lösung in der Zypernfrage gefunden ist (siehe Protokoll Nr. 10 des Aufnahmevertrages).

Der Minister für Umwelt und Ressourcen Hakan Dincyurek gab bekannt, dass das aus der Türkei mit Hilfe einer Untersee-Pipeline gelieferte Wasser durch einen gesetzlich vorgesehenen Obersten Ausschuss gemanagt werden soll. Das Gesetz zur effektiven Wasserbewirtschaftung wird derzeit ausgearbeitet. Anfang des Jahres wurde der Vorgänger von Dincyurek, Hamit Bakirci, scharf kritisiert, als er sagte, dass die türkischen Zyprioten nicht über das nötige Know-How und die Infrastruktur verfügten, um das aus der Türkei kommende Wasser zu managen.

Die Kommission für die Festlegung des gesetzlichen Mindestlohnes, bestehend aus Vertretern der Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften, legte eine Erhöhung des Mindestlohnes um 115 Türkische Lira auf 1.675 Türkische Lira (574 Euro) fest. Die Regelung trat am 1. November in Kraft.

Innenpolitische Entwicklungen

Am 28. November kündigte der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Eroglu in einer Fernsehansprache an, dass er sich zur Wiederwahl stellen werde. Er werde sich um eine zweite Amtszeit bewerben, nachdem ihm die National Unity Party (UBP) und die Democratic Party-National Forces (DP-UG) ihre umfassende Unterstützung zugesagt und ihn zu diesem Schritt ermutigt hätten. Des Weiteren habe er Rückhalt bei einer Reihe zivilgesellschaftlicher Organisationen. Eroglu will als unabhängiger Kandidat ins Rennen gehen wie auch Mustafa Akinci und Kudret Ozersay, welche ihre Kandidatur schon früher angekün-

digt hatten. Die Parlamentssprecherin Sibel Siber hingegen wird als Kandidatin für die Republican Turkish Party-United Forces (CTP-BG) antreten. Die Präsidentschaftswahlen sollen im April 2015 stattfinden.

Auf einer Parteiversammlung der Social Democratic Party (TDP) wurde die Unterstützung des unabhängigen Kandidaten Mustafa Akinci beschlossen.

Drei Abgeordnete der DP-UG, Ahmet Kasif, Ergun Serdaroglu und Hamit Bakirci, gaben ihren Parteiaustritt bekannt. Mentec Gunduz, der noch vor einigen Tagen ebenfalls seinen Austritt angekündigt hatte, entschloss sich, in der Partei zu bleiben und als innerparteiliche Opposition zu fungieren. Kasif und Serdaroglu traten in die DP ein nachdem sie im Mai 2013 aus der UBP ausgetreten waren. Sie gründeten den Flügel der National Forces innerhalb der Partei und dienten bis zur Kabinettsumbildung im Oktober als Minister in der CTP-BG – DP-UG-Regierung. Trotz der Parteiaustritte konnte die Koalitionsregierung in dem aus 50 Abgeordneten bestehenden Parlament ihre Mehrheit mit 29 Sitzen behaupten.

Drei Protestierende der ‚Initiative für Wehrdienstverweigerung‘ wurden von der Polizei verhaftet, als sie während der Militärparade des sich zum 31. Mal jährenden Gründungstag der ‚TRNZ‘ protestierten. Noch bevor sie ein Spruchband mit dem Slogan ‚Unsere Pflicht ist Frieden, Wehrdienstverweigerung ist unser Recht‘ ausrollen konnten, wurden die Protestierenden von einer Gruppe Polizisten gewaltsam weggezerrt und für eine Stunde in

einer nahe gelegenen Toilette festgehalten. Dabei wurden sie bedroht, schikaniert und einer Leibesvisitation unterzogen. Der stellvertretende türkische Ministerpräsident für Zypern, Bulent Arinc, nahm ebenfalls an der Parade teil.

Das FES-Newsletterteam und das FES-Büro auf Zypern wünschen Ihnen ein frohes Fest und alles Gute für 2014.



5. FES Zypern Veranstaltungen

Dezember

Donnerstag 04.12. 2014 9.00-18.00 Uhr
UNIC / FES

Konferenz

**Participation, Media Representation and the
Financial and Political Crises in Cyprus**

UNESCO Amphitheatre, University of Nicosia

Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Samstag- Sonntag 6.-7.12. 2014
IKME / BILBAN / FES

Konferenz

Cypriots' Voice Conference

Rodon Hotel, Agros, Cyprus
Nicht öffentliche Veranstaltung



Januar

--- keine Veranstaltungen ---



Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336
Email: office@fescyprus.org
Web-Seite: www.fescyprus.org
Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Sertac Sonan, Yiannis
Charalambous, Sophia Papastavrou und Ute
Ackermann Boeros

Übersetzung:

Ute Ackermann Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter
abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie
bitte eine E-mail an:
Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com